

macher nur meinen, Schäffer habe den Kollegen Lemmer in der Öffentlichkeit einem infamen Verdacht ausgesetzt, was wiederum voraussetzt, daß die deutsche Öffentlichkeit vertrauliche Gespräche eines Ministers in Ostberlin über die deutsche Wiedervereinigung als ein ehrenrühriges Delikt ansieht — eine Vermutung, die zumindest die FDP bisher nicht anstellte.

Insgesamt demonstrierte die Reaktion von SPD und FDP recht eindeutig, daß kein westdeutscher Politiker mit Rang und Namen zur Zeit wagen kann, abtastende — was zugleich bedeutet: vertrauliche — Gespräche in Ostberlin über die deutsche Wiedervereinigung zu führen. Aus einem doppelten Grund: einmal, weil er wenig Gewähr hat, für ein so gewagtes Unternehmen sowohl bei seinen Parteifreunden als auch bei seinen Gegnern Verständnis zu finden; zum anderen, weil alle östlichen Diskretions-Zusicherungen offenbar bei gegebener Gelegenheit gebrochen werden.

Dabei liegt auf der Hand, daß Pankow das Vertraulichkeits-Versprechen an Schäffer am liebsten schon früher gebrochen und dadurch westdeutschen Politikern die Lust am Verhandeln mit den Russen vergällt hätte, indes die Erlaubnis Moskaus dazu nicht erhielt. Ulbricht hat immer jeden vertraulichen Kontakt zwischen Bonn und Moskau mit Mißtrauen beobachtet. Selbst an vertraulichen Kontakten zwischen Bonn und Pankow hatte er aus naheliegenden Gründen kein Interesse. Ein gesamtdeutsches Gespräch hätte für ihn nur dann einen Wert gehabt, wenn es die offizielle und öffentliche Anerkennung der „DDR“ implizierte — ein Erfordernis, dem durch geheime Verhandlungen nicht gedient war.

Warum die Sowjets ausgerechnet Mitte Oktober dem Ulbricht das langersehnte Signal für die Enthüllung des Schäffer-Puschkin-Gesprächs gaben, erhellt aus der Tatsache, daß der Kreml eben jetzt ein neues Arrangement mit dem Westen über Deutschland anstrebt.

Die Substanz der Vorwürfe, die der Parteichef der Sowjet-Union Chruschtschew unter den Stichworten „Wiederbelebung des deutschen Militarismus, Faschismus, Imperialismus und Monopolkapitalismus“ in den letzten drei Wochen gegen die Bundesrepublik erhob, ist die Sorge des Kreml, die sich in Westdeutschland nach und nach anhäufenden militärischen, wirtschaftlichen und propagandistischen Potenzen könnten zu einer Bedrohung des Weltfriedens führen.

Chruschtschew bemühte sich Ende Oktober, dem amerikanischen Star-Journalisten Lippmann klarzumachen, daß diese westdeutschen Potenzen nicht nur für die Sowjet-Union, sondern auch für den Westen gefährlich seien, ja daß — wenn es einmal ernst werden sollte — die Sowjet-Union viel eher in der Lage sei, sich mit einem wiedererstarkten Deutschland zu arrangieren als der Westen. Beweis: Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939.

Zu diesem Versuch Chruschtschews, in amerikanische, britische und französische Nato-Herzen Zweifel an der Treue des westdeutschen Bundesbruders zu säen, paßte die Pankower Enthüllung über Schäffers Gespräche mit Puschkin und Müller so nahtlos, daß es schwerfällt, nicht an eine raffiniert kombinierte Aktion Moskaus zu glauben. Die Enthüllung über Schäffers Vertraulichkeiten in Ostberlin sollte einen alten westlichen Alptraum beleben: den von „Rapallo“, das heißt, eines deutsch-russischen Arrangements gegen den Westen.

Der „Rapallo“-Vorwurf — anders ausgedrückt: der Vorwurf mangelnder Nato-Treue — war so naheliegend, daß selbst Ollenhauer, obwohl sonst nicht eben ein Freund prinzipiellen Nato-Gehorsams, sich

nicht enthalten konnte, sich seiner zu bedienen. Das „erwachte Mißtrauen im In- und Ausland“, so erläuterte er den hessischen Wählern seinen immerhin überraschenden Standpunkt, sei die unmittelbare und „katastrophale“ Folge des doppelzüngigen Verhaltens, das Adenauer und Schäffer im Zusammenhang mit den Ostberliner Verhandlungen des Bundesministers Schäffer gezeigt hätten.

So sehr man nun darüber streiten kann, ob Adenauer und Schäffer im Jahre 1956 das zweifellos schon damals erkennbare Risiko des Ostberliner Schäffer-Gesprächs auf sich nehmen sollten oder nicht — unverkennbar ist, daß Moskau nicht schlecht zielte, als es vom 18. Oktober an langsam ein Stück nach dem anderen von den Umständen des Schäffer-Puschkin-Müller-Gesprächs durch Pankow enthüllen ließ, bis schließlich Schäffer seinerseits Stück für Stück zugeben mußte



Abendländer Frenzel  
Schäffer-Kritik unter Sternen

Zwar konnte die Bundesregierung verkünden, sie habe seinerzeit die Amerikaner über das Schäffer-Gespräch unterrichtet, gleichwohl blieb für die nicht allezeit gutwillige westliche Presse Raum genug, die Deutschen heimlichen Scharmutziers mit den Sowjets zu bezichtigen. Die Londoner „Times“ konstatierte sauerlich-sachlich: „Die Besuche (Schäffers in Ostberlin) haben zumindest an einigen Stellen den Glauben bekräftigt, daß der Kanzler diskrete offizielle Begegnungen (zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der Zone) akzeptieren würde, wenn er glaubte, daß sie Gewinn bringen könnten.“

Die konservative Pariser Tageszeitung „L'Aurore“ meinte nicht umhin zu können, „auf den Händedruck Molotows mit Ribbentrop (1939) hinzuweisen“.

Gleich den Gänsen des Capitols gackerte des Kanzlers Lieblingsblatt, die „Neue Zürcher Zeitung“: „Bonns Position ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren... Die Affäre Schäffer ist zweifellos einer der härtesten Schläge gegen die These, daß Bonn sich unter keinen Umständen mit Pankow einlassen dürfe...“

## FREIHANDELSZONE

### Wo steckt der Teufel?

Als der französische Informationsminister Jacques Soustelle Ende vorletzter Woche erstmals unmißverständlich deutlich machte, daß Frankreich die europäische Freihandelszone „in der gegenwärtig geplanten Form“ nicht akzeptieren könne, klapperte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard gerade auf einer Wahlkampftour eine Reihe von Kleinstädten in Bayern ab.

Soustelles klare Absage\* ließ zwei Tage später jenen Sonderausschuß beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) aufplatzen, der unter Vorsitz des britischen Europa-Ministers Maudling seit einem Jahr über den Vertrag einer Freihandelszone für 17 westeuropäische Staaten beraten hat. Gleichzeitig passierte einiges mehr: Die britische Regierung berief ihren Unterhändler nach London zurück, der seinerseits auf die französische Mitteilung hin spontan die bereits anberaumten weiteren Ausschusssitzungen absagte.

Am folgenden Montag berief Premierminister Macmillan eine Sitzung mit Maudling und den Fachministern in der Downing Street ein, auf der er Maudling vorwarf, er habe das Kabinett nicht rechtzeitig auf die Hartnäckigkeit des französischen Widerstandes hingewiesen. Tags darauf trat auch das über die aufsehenerregende Wirkung der Soustelle-Mitteilung selbst erschrockene französische Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen.

Den Bundeswirtschaftsminister Erhard traf die Hiobsnachricht in Augsburg. Er fuhr sofort in die Bundeshauptstadt, um dort mit dem aus Paris zurückbeordneten Leiter der deutschen Delegation im Maudling-Ausschuß, Professor Alfred Müller-Armack, zusammenzutreffen. Beide berieten über die auch in Paris und London sofort allgemein aufgeworfene Frage, ob die Bundesrepublik als Retter der Freihandelszone auf den Plan treten solle oder nicht.

Um diese Makler-Rolle hat sich die Bundesregierung keineswegs beworben. Schon als im Frühjahr zwischen den französischen und britischen Experten im Maudling-Ausschuß der 17 Staaten Zwistigkeiten über Details aufgetreten waren, hatten Holland, Dänemark und andere der kleineren Staaten den Deutschen die Vermittlerrolle angetragen. Obgleich aber Ludwig Erhard direkt sowohl von Politikern wie über den Bundesverband der Deutschen Industrie von Wirtschaftsführern Englands und Frankreichs mehrfach bedrängt worden war, hatte er sich einer ungewohnten Zurückhaltung befleißigt.

Auch auf die Nachricht aus Paris hin kamen Erhard und seine Berater vorletzte Woche zu dem Schluß, daß eine Reise des Bundeswirtschaftsministers in die französische Hauptstadt, um zu retten, was zu retten ist, in der gegenwärtigen Situation höchstens zu einem Prestigeverlust geführt hätte. In der Tat hätte das Eingreifen des Ministers die Erklärungen Soustelles ohnehin nicht verhindern oder abschwächen können (Erhard: „Die Erklärung entsprach einem Kabinettsbeschuß“); zum anderen war Maudlings Rückreise nach London bereits angekündigt worden. Trotz des Drängens der deutschen OEEC-Vertretung in Paris, die Erhards Kommen dringend befürwortete, blieb der Minister deshalb in Bonn.

Erst am Donnerstag um 11 Uhr konnten Erhard und Delegationschef Müller-

\* Soustelle lehnte insbesondere das eigentliche Merkmal einer Freihandelszone ab, nämlich das von England und den anderen zehn Partnern beanspruchte Recht, dritten Ländern gegenüber die Zölle nach wie vor autonom festsetzen zu können. Im Gegensatz dazu verpflichtet die EWG ihre sechs Mitgliedstaaten gegenüber dritten Ländern zu einem einheitlichen Zolltarif.

Armack im Palais Schaumburg mit dem Bundeskanzler ausführlich die Lage diskutieren. Die Situation hatte sich inzwischen durch eine Demarche der schwedischen Regierung verschärft, deren Note auch den Regierungen der anderen fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zugeht und am Mittwoch im Auswärtigen Amt eingetroffen war.

Die Note drohte an, auf deutsche Exportlieferungen würden sofort höhere Zölle erhoben, wenn Schweden durch das Scheitern der Freihandelszone von dem liberalisierten Warenaustausch nach dem 1. Januar 1959 ausgesperrt bliebe. An diesem Datum nämlich treten innerhalb der sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erste Zollsensungen und Ausfuhrerleichterungen in Kraft.

Selbst die kritische Zuspitzung um die Freihandelszone, deren Errichtung auch von der Bundesregierung mit Vehemenz als eine notwendige Ergänzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befürwortet wird, konnte jedoch Bundeskanzler Adenauer und seinen Wirtschaftsminister nicht zu einem Eingreifen animieren. Der kurzfristig aufgetauchte Gedanke, einen „Erhard-Plan“ zur Rettung der Freihandelszone voranzutreiben, wurde schnell wieder fallengelassen, weil die Bundesregierung von einem Alleingang im Ausland falsche Deutungen und unverdient bissige Kommentare über einen deutschen Führungsanspruch befürchtet. Nicht zuletzt die Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf den jüngsten Besuch des deutschen Staatsoberhauptes bestärkten Bundeskanzler Adenauer und Minister Erhard in dieser Ansicht.

Die politische Rücksichtnahme gab auch gegenüber den bei der OEEC in Paris weit verbreiteten Überlegungen den Ausschlag, die Bundesrepublik als dritte potente Wirtschaftsmacht Westeuropas, die zudem keine der beiden extremen Richtungen vertritt, sei zwangsläufig für eine Schiedsrichterrolle prädestiniert. In der Tat fürchtet sich Westdeutschland dank seiner gesunden Wirtschaft weder wie die französische Industrie vor britischer Konkurrenz, noch unterstützt es Reginald Maudlings extreme Sonderwünsche für das britische Commonwealth.

Unter diesen Aspekten hätte die Besetzung des Vorsitzerpostens im OEEC-Ausschuß etwa durch Bundeswirtschaftsminister Erhard die Zustimmung wohl aller kleineren Staaten finden können. Kommentierte auch „Die Welt“: „Vielleicht war es nicht geschickt, den Vorsitz in den Verhandlungen von dem Vertreter eines Landes führen zu lassen, das einen der gegensätzlichen Standpunkte vertritt.“

Im Bonner Wirtschaftsministerium jedoch beschränkte man sich darauf, die deutsche Zurückhaltung keineswegs als Resignation in der Sache erscheinen zu lassen, und das Auswärtige Amt sandte den Staatssekretär van Scherpenberg zur Kontaktaufnahme nach Paris. Der deutsche EWG-Präsident Hallstein startete zu einer eiligen Besprechungstour durch die sechs Hauptstädte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Integrationsexperten vertreten die Ansicht, nun müßten die Politiker die Situation retten, nachdem die Zolltechniker der OEEC an Einzelproblemen gescheitert seien (EWG-Präsident Hallstein: „Der Teufel steckt in den Details“). Es wird daran erinnert, daß bei den Abschlußverhandlungen über den EWG-Vertrag die Situation ähnlich war: Im Februar 1957 hatten sich die Experten ebenfalls an Einzelfragen festgebissen, und erst durch das direkte Eingreifen der Regierungschefs der sechs

Länder konnte ein Rahmenvertragstext vereinbart werden.

Wahrscheinlich werden auch diesmal nur die Regierungschefs in direkten politischen Gesprächen das Auseinanderklaffen Westeuropas in zwei Wirtschaftsblöcke verhindern können. Deshalb ist mit der Einsetzung von Regierungskommissionen zu rechnen, die mit größeren Vollmachten als die bisherigen Vertreter und in direkter Führungnahme mit den Chefs der Kabinette solange tagen werden, bis wenigstens über die Rahmenbestimmungen der Freihandelszone Übereinstimmung erzielt ist. Ein Anzeichen dafür, daß dieser Weg auch in Paris noch für möglich gehalten wird, sieht man in der Ankündigung General de Gaulles, den deutschen Bundeskanzler am 26. November in Bad Kreuznach — während des Ersten Weltkrieges kaiserliches Hauptquartier — zu treffen.

Um den Zorn insbesondere unter den kleineren Mitgliedsstaaten der OEEC möglichst schnell zu besänftigen, ließ das französische Außenministerium am Don-



Kanzler, Kilb  
Komfortabel

nerstag verlauten, Frankreich werde versuchen, zumindest die größten Diskriminierungen der Freihandels-Anwärter abzustellen. So wolle die französische Regierung am 1. Januar 1959 die Zollsensung um 10 Prozent provisorisch auch gegenüber den Nicht-Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wirksam werden lassen. Die nach den Bestimmungen des EWG-Vertrages am gleichen Tage fällige Aufstockung der Einfuhrkontingente im Warenverkehr aber können voraussichtlich nur den Partnern der Wirtschaftsgemeinschaft konzidiert werden.

Bis zum 1. Januar 1959, dem Tag, an dem unter den sechs EWG-Staaten die vereinbarten Erleichterungen in Kraft treten, wird die Freihandelszone mithin auf keinen Fall voll wirksam werden. Aber selbst wenn sie erst zum 1. April 1959 oder später in Funktion tritt — so geben Erhards Mitarbeiter philosophisch zu bedenken —: Wenn man das später aus der historischen Vergangenheit betrachten werde, sei selbst ein halbes Jahr Verzögerung nur „ein Hauch im Angesicht der Ewigkeit“.

## KILB-AFFÄRE

### Kanzler-Karosserie

„Definition des Germanen: Gehorsam und lange Beine.“

Friedrich Nietzsche

Ein durchaus ansehnlichen Regierungserfolg des Kanzlers Konrad Adenauer hat die Regierungspropaganda bislang noch nicht ins Reklamelicht gerückt: den Beitrag, den der betagte Regierungschef für die Entwicklung des westdeutschen Kraftfahrzeug-Karosseriebaus geleistet hat.

Dem Kanzler nämlich — und seinem früheren persönlichen Referenten, dem Ministerialrat Hans Kilb — ist es zu danken, daß die Autofirma Daimler-Benz AG („Dein guter Stern auf allen Straßen“) ihr repräsentatives Fahrzeugmuster, den Mercedes 300, seit Anfang dieses Jahres mit einer längeren und breiteren Karosserie als vorher verkauft.

Allerdings, mit der Entstehungsgeschichte dieses technischen Fortschritts soll sich nun die Große Strafkammer des Landgerichts Bonn befassen. Dort hat die Bonner Staatsanwaltschaft Ende vorletzter Woche beantragt, gegen den Ministerialrat Kilb wegen schwerer passiver Bestechung das Hauptverfahren zu eröffnen, weil Kilb in den Jahren 1954 bis 1958 — als er sich, wie um den Komfortzuwachs beim Mercedes 300, so auch sonst um die Firma Daimler verdient machte — mindestens acht Leihwagen mit Mercedes-Stern fuhr:

- ▷ zwei Leihwagen im Winter 1954/55,
- ▷ im Mai 1955 einen Mercedes 220, mit dem Kilb nebst Gattin eine ausgedehnte Reise durch Oberitalien und die Schweiz unternahm, um für seinen Kanzler ein Urlaubsquartier zu erkunden,
- ▷ denselben Mercedes 220 im Sommer 1955, um Konrad Adenauer auf dessen Urlaubsreise nach Murren in die Schweiz zu begleiten,
- ▷ zwei Leihwagen im Herbst 1955 und Anfang 1956,
- ▷ einen Mercedes des durch Rosemarie Nitribitt berühmt gewordenen Typs 190 SL vom März bis zum August 1956, mit dem Kilb karambolierte, und
- ▷ einen fast neuen Mercedes 220 (als Ersatz für den beschädigten 190 SL) vom September 1956 bis zum Juni 1958, den Kilb an das Daimler-Werk erst zurückgab, nachdem die Bonner Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ihn bereits eingeleitet und die Firma ihn mehrere Male zur Rückgabe aufgefordert hatte.

Dabei konnte der als Autonarr bekannte Kilb, der gern bestätigt, daß er an rasanten Fahrzeugen Gefallen findet, über die fabrikeigenen Leihwagen praktisch wie über sein Eigentum disponieren. Er fuhr mit ihnen auf Urlaub nach Spanien, Italien und mal zu privaten, mal zu dienstlichen Zwecken durch Deutschland. Kraftfahrzeugsteuern, Versicherungsgebühren, Wartungsdienste und Reparaturen bezahlte die Firma, den Brennstoff Kilb. Über Benzinkosten für Dienstfahrten rechnete er im Kanzleramt ab. Die Dienstfahrzeuge des Kanzleramts benutzte des Kanzlers Referent nur selten, weil sie ihm — Kilb gelegentlich der Kanzler-Visite in Ankara mit Infanterie-Sturmabzeichen am Frack: „Die Türken wollen Kerle sehen“ — „zu langsam“ waren.

Kanzler Adenauer kümmerte sich kaum um die Auto-Manie seines persönlichen Referenten. Obschon er wußte, daß Kilb die Wagen leih- und fast serienweise von der Stuttgarter Daimler-Direktion bezog,